



Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
in dieser Ausgabe lesen Sie:

- Pakt für Beschäftigung mit der SPD
- dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst
- Vereinbarung zur Zukunftssicherung mit der FDP
- Diesel-Skandal

Ich wünsche Ihnen eine gewinnbringende Lektüre
und grüße Sie herzlich!

Heini Schmitt
Landesvorsitzender

Ausgabe 08/2018

dbb Hessen und SPD Hessen schließen Pakt für Beschäftigung

Am 24. September wurde im Rahmen einer Landespressekonferenz unter der Überschrift „Vertrauen gegen Vertrauen“ der „Zukunftspakt Öffentlicher Dienst in Hessen“ zwischen dem dbb Hessen und der SPD Hessen geschlossen.

An der Landespressekonferenz nahmen seitens der SPD deren Partei- und Fraktionsvorsitzender **Thorsten Schäfer-Gümbel** und die Generalsekretärin **Nancy Faeser** teil.

Für den dbb Hessen nahm Heini Schmitt im Beisein der Mitglieder der Landesleitung teil.

Für den Fall, dass die SPD eine künftige hessische Landesregierung anführen sollte, hatte Thorsten Schäfer-Gümbel, im Mai 2018 dem dbb Hessen das Angebot unterbreitet, eine Vereinbarung über die gemeinsame Gestaltung des Öffentlichen Dienstes in Hessen zu treffen.

Damit macht die SPD Hessen einen großen Schritt zu auf den dbb Hessen.

Der Pakt soll u. a. den Weg dazu ebnen, in Hessen ein modernes, in die Zukunft gerichtetes Dienstrecht zu schaffen und eine neue Führungskultur zu prägen.

Ein solches Angebot zur intensiven Zusammenarbeit im Sinne der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes in Hessen musste der dbb Hessen selbstverständlich annehmen, so, wie er es bei vergleichbaren Angeboten anderer demokratischer Parteien ebenso tun würde.

Der Pakt kann die Möglichkeit eröffnen, in einer eventuell SPD-geführten Landesregierung schon im frühen Stadium und an vorderster Stelle zum Wohle der Beschäftigten mitzugestalten.



Thorsten Schäfer-Gümbel, Heini Schmitt, Nancy Faeser Foto: Th. Müller

Wir legen Wert auf die Feststellung, dass mit diesem in die Zukunft gerichteten Pakt seitens des dbb Hessen keine Wertung über die Arbeit der amtierenden Landesregierung verbunden ist.

Ebenso wenig werden wir weder jetzt, noch in Zukunft, eine Wahlempfehlung zugunsten oder gegen einzelne Parteien geben.

Der dbb Hessen ist und bleibt parteipolitisch neutral.

Die in den Fachgewerkschaften unter unserem Dach organisierten Mitglieder sind mündige Bürger und auf Basis der ihnen zur Verfügung stehenden Informationen bestens in der Lage, eigenständig ihre Wahlentscheidung zu treffen.

Wir fügen hier den Link zum Pakt ein:

https://www.dbb-hessen.de/fileadmin/user_upload/www_dbb-hessen.de/PDF/2018/SPD_DBB_Zukunftspakt_2018_endg.24.09.2018.pdf

.....

dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst Vier von fünf Bürgern wollen starken Staat

Am 30. August wurde das Ergebnis der diesjährigen Bürgerbefragung, die das Meinungsforschungsinstitut forsa im Auftrag des dbb durchgeführt hatte, der Öffentlichkeit präsentiert.

Hierzu ist auf der Website des dbb Bund Folgendes nachzulesen:

79 Prozent der Deutschen befürworten einen starken Staat, der sie vor den ausufernden Entwicklungen einer globalisierten Gesellschaft schützen kann. Nur zehn Prozent glauben, dass der Markt alles regeln wird.

Das ist das Ergebnis der diesjährigen Bürgerbefragung, die das Meinungsforschungsinstitut forsa für den dbb beamtenbund und tarifunion durchgeführt und am 30. August 2018 in Berlin vorgestellt hat. Damit setzt sich ein Trend der dbb Bürgerbefragungen aus den vergangenen Jahren fort: bereits 2016 und 2017 sprachen sich 72 bzw. 75 Prozent der Deutschen für einen starken Staat aus.

Das Ausmaß der Bürokratie in Deutschland hingegen sehen viele Bürger kritisch: 61 Prozent der Befragten gaben an, es gebe zu viel staatliche Bürokratie in der Bundesrepublik. „Da sind die Bürger

und die Beschäftigten im öffentlichen Dienst einer Meinung“, kommentierte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach die Umfrageergebnisse. „Das ist aber auch kein Wunder, denn die Kolleginnen und Kollegen im Staatsdienst leiden mindestens so stark unter Bürokratie und Überregulierung wie die Bürger und die Wirtschaft.“

Im Ranking der beliebtesten Berufe zeigt sich ebenfalls eine große Kontinuität. Hier liegen erneut Feuerwehrmänner mit 94 Prozent vor Ärzten (89 Prozent), Kranken- und Altenpflegern (89 Prozent) sowie Erziehern (83 Prozent). Im Vergleich zum Jahr 2007 haben insbesondere die Müllmänner und die „Beamten“ an Ansehen hinzugewonnen, die ihre Beliebtheit um zwölf Prozentpunkte steigern konnten. Darauf folgen Briefträger mit einem Plus von elf Prozent, Lehrer (+ zehn Prozent) und Polizisten (+ neun Prozent).

„Dass der Gattungsbegriff ‚Beamter‘ unter den beiden Top-Gewinnern der letzten Jahre ist, deutet auf einen klaren Imagewandel für den öffentlichen Dienst hin“, analysiert Silberbach: „Die Bevölkerung schätzt die Menschen zunehmend wert, die sich in den Dienst der Gemeinschaft stellen. Über drei Viertel der Bundesbürger schreiben den Beamten inzwischen überwiegend positive Eigenschaften wie pflicht- und verantwortungsbewusst oder zuverlässig zu – das Bild des faulen Beamten können wir also zu den Akten legen.“

Wir fügen hier den Link zur Studie ein:

https://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/2018/forsa_2018.pdf

Quelle: dbb Bund

Aus Sicht des dbb Hessen vertreten unsere Bürgerinnen und Bürger mit großer Mehrheit und höchst zutreffend die Auffassung, dass das Sparen beim Öffentlichen Dienst ein Ende haben muss.

.....

Befragung zu sexueller Belästigung bzw. zur Diskriminierung von Frauen muss wachrütteln

In krassem Gegensatz zu den vorstehend dargestellten, fast durchweg erfreulichen Ergebnissen der Studie stehen die Ergebnisse im Zusammenhang mit den Fragen zu sexueller Belästigung und sexistischem Verhalten im Arbeitsumfeld bzw. zu Diskriminierung von Frauen.

Hierzu ist auf der Website des dbb Bund nachzulesen:

Jede vierte Frau wurde im Arbeitsumfeld schon sexuell belästigt

26 Prozent aller abhängig beschäftigten Frauen in Deutschland haben schon Formen sexueller Belästigung oder sexistischen Verhaltens im Arbeitsumfeld sich selbst gegenüber erlebt. Zudem gibt mehr als die Hälfte aller benachteiligten Frauen an, wegen ihres Geschlechts am Arbeitsplatz diskriminiert worden zu sein.

Das hat die dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst 2018 ergeben, die das Meinungsforschungsinstitut forsa im Auftrag des dbb durchgeführt und am 30. August 2018 in Berlin vorgestellt hat. Demnach gaben lediglich 65 Prozent aller befragten Frauen an, noch nie Formen von sexueller Belästigung oder sexistischem Verhalten im Arbeitsumfeld erlebt zu haben. 26 Prozent hingegen erlebten sie bei sich selbst, 19 Prozent bei Kolleginnen und zwei Prozent bei Kundinnen.

„Es ist gut, dass dieses ernste Thema nicht weiter totgeschwiegen wird. Insbesondere unsere dbb bundesfrauenvertretung setzt sich seit Jahren für eine diskriminierungs- und sexismusfreie Verwaltungskultur ein“, kommentierte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach die Umfrageergebnisse. „Die #MeToo-Debatte und die Gesetzesverschärfung mit Blick auf sexuelle Belästigung haben hier sicher das Bewusstsein geschärft. Es muss aber noch mehr geschehen. Wir müssen zum Beispiel kontinuierlich die gängigen Rollenklischees in Erziehung und Schule überprüfen. Außerdem müssen wir die Führungskräfte in Betrieben und Dienststellen intensiv zur Prävention von sexueller Gewalt fortbilden.“

Jede zweite Frau wurde am Arbeitsplatz schon diskriminiert

52 Prozent der Frauen, die am Arbeitsplatz Diskriminierung erlebt haben, gaben an, dass dies mit ihrem Geschlecht zusammenhing. Hier liegt der Anteil der Männer bei 14 Prozent. Hingegen fühlten sich mit 47 Prozent knapp die Hälfte aller Männer aufgrund ihres Alters schon benachteiligt oder diskriminiert. Dem stehen 38 Prozent aller Frauen gegenüber.

Häufigste Auswirkung der erfahrenen Diskriminierung war, eine Stelle nicht bekommen zu haben. 55 Prozent aller Betroffenen machten eine entsprechende Angabe. Aber auch bei der Verteilung von Aufgaben (30 Prozent) oder bei Gehaltserhöhungen (21 Prozent) und Beförderungen (15 Prozent) fühlten sich viele Beschäftigte benachteiligt. Silberbach: „Hier geht es für uns vor allem um die Unterstützung der Betroffenen. Der dbb und die dbb bundesfrauenvertretung fordern deshalb eine Reform des Antidiskriminierungsgesetzes und die Zulassung von Verbandsklagen. Damit könnten wir den Diskriminierungsopfern besser den Rücken stärken.“

Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, warnte: „Beunruhigend ist, dass sich

betroffene Frauen in der Regel nicht trauen gegen sexistisches Verhalten vorzugehen“. Die Dienstherren und öffentlichen Arbeitgeber müssten diese Alarmsignale ernst nehmen und sich offen gegen sexistische Tendenzen im Behördenalltag stellen. „Das Thema muss raus aus der Tabuzone. Wir müssen vor Ort in den Dienststellen offen über gezielte Maßnahmen zur Förderung einer diskriminierungs- und sexismusfreien Behördenkultur sprechen. Dazu gehören niedrigschwellige Hilfsangebote und die gezielte Sensibilisierung der Führungskräfte. Sie müssen ermutigt und ermächtigt werden, sexistisches Verhalten und geschlechtsspezifische Diskriminierung früh zu erkennen und zu unterbinden“, so Wildfeuer.

Näheres ist in der Studie nachzulesen, die unter dem oben eingefügten Link abzurufen ist.

.....

dbb Hessen und FDP-Fraktion Hessen schließen Vereinbarung zur Zukunftssicherung für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes

Am 4. Oktober schlossen die hessische FDP-Fraktion und der dbb Hessen im Rahmen einer Landespressekonferenz eine „Vereinbarung zur Zukunftssicherung für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes in Hessen“.

FDP-Fraktionsvorsitzender **René Rock** und dbb Hessen-Vorsitzender Heini Schmitt unterzeichneten im Beisein von Mitgliedern der Landesleitung und des Landesvorstands die Vereinbarung.



Heini Schmitt

René Rock

Foto: R.Petri

In ihr werden für den Fall einer Regierungsbeteiligung der FDP neben einem eindeutigen Bekenntnis zum bewährten System der gleichberechtigten

Statusgruppen von Tarifbeschäftigten und Beamtinnen und Beamten sowie zum Erhalt des Berufsbeamtentums viele weitere Vereinbarungen zur Verbesserung der Attraktivität der Beschäftigungsverhältnisse getroffen.

Wir freuen uns, dass nach der SPD nun auch die FDP das Angebot zur intensiveren Zusammenarbeit an den dbb Hessen unterbreitet hat und nehmen dieses Angebot im Interesse der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst in Hessen gerne an.

In diesem Zusammenhang wiederholen wir die Feststellung, dass mit dieser in die Zukunft gerichteten Vereinbarung seitens des dbb Hessen keine Wertung über die Arbeit der amtierenden Landesregierung verbunden ist.

Auch in diesem Zusammenhang werden wir weder jetzt, noch in Zukunft, eine Wahlempfehlung zugunsten oder gegen einzelne Parteien geben.

Der dbb Hessen ist und bleibt parteipolitisch neutral.

Die in den Fachgewerkschaften unter unserem Dach organisierten Mitglieder sind mündige Bürger und auf Basis der ihnen zur Verfügung stehenden Informationen bestens in der Lage, eigenständig ihre Wahlentscheidung zu treffen.

Wir fügen hier den Link zu der Vereinbarung ein:

https://www.dbb-hessen.de/fileadmin/user_upload/www_dbb-hessen_de/PDF/2018/14_a_Anlage.pdf

.....

Diesel-Skandal

Nachdem das Verwaltungsgericht Wiesbaden am 6. September entschieden hatte, dass die Stadt Frankfurt a. M. Fahrverbote verhängen muss, hat sich die Situation nach langem Untätigsein der Politik sehr schnell zugespitzt.

Quasi von heute auf morgen waren auch zigtausende Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes in Hessen von der Entscheidung unmittelbar betroffen.

Sie sind seither damit konfrontiert, dass sie ab März oder September 2019 ihren Privat-Pkw nicht mehr für die tägliche Fahrt zur Arbeitsstelle in Frankfurt a. M. werden nutzen können.

Dabei ist das nur der Anfang, denn Limburg an der Lahn und Darmstadt sind die beiden hessischen Städte, die unter den 14 besonders belasteten Städten in Deutschland verzeichnet sind.

Einen Fahrzeugwechsel hin zu einem schadstoffärmeren Modell können sich viele Kolleginnen und Kollegen angesichts des dramatischen Wertverlusts beim aktuellen Fahrzeug gar nicht leisten.

In diesem Zusammenhang erinnern wir an unsere Pressemeldung vom 14. September, mit der wir kritisiert hatten, dass die Politik ein Testverfahren zugelassen hatte, das an Realitätsferne nicht zu überbieten war.

Statt Verbrauch und Schadstoffausstoß solcher Fahrzeugmodelle, wie sie tatsächlich in den Verkauf gelangen, unter realen Fahrbedingungen zu testen, wurden die Fahrzeuge mit allerlei verbrauchsoptimierenden und schadstoffreduzierenden Veränderungen auf einem Prüfstand getestet. Und noch dazu in einem Fahrzyklus, der überhaupt nichts mit dem realen Betrieb auf unseren Straßen gemein hat.

Dies wurde dann seitens einzelner Hersteller noch ergänzt durch den gezielten Einsatz einer Motorsteuerungssoftware, die den Testbetrieb erkennt und die Motorsteuerung während dessen noch einmal besonders optimiert.

Bei solchen Testverfahren wurden dann Verbrauchs- und Schadstoffausstoßmengen ermittelt, die in der Praxis erheblich, mitunter um ein Vielfaches übertroffen wurden.

Unmittelbar darauf verständigte sich der Hessische Landtag auf die Forderung nach einer Hardware-Nachrüstung zu Lasten der Fahrzeughersteller.

Am 2. Oktober präsentierte nun die Bundesregierung die Ergebnisse ihrer Beratungen, mit denen nachteilige Folgen für die betroffenen Fahrzeugbesitzer verhindert werden sollen.

So ist auf der Website der Bundesregierung Folgendes nachzulesen:

Keine unangemessene Belastung für Dieselfahrer

„Fahrverbote vermeiden, Einschränkungen in der Mobilität verhindern, keine zusätzlichen oder unangemessenen Belastungen für Dieselfahrer“, nannte Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer die Eckpfeiler des Konzepts. Und er betonte „die Verantwortung der Autoindustrie“. Scheuer kündigte „attraktive Tauschangebote“ in den besonders betroffenen Städten an. Eine unangemessene Belastung der Dieselfahrer finde daher nicht statt.

„Ein gutes Konzept, um die Luft in den Städten sauberer zu machen“, sagte Bundesumweltministerin Svenja Schulze über das neue Maßnahmenpaket. Einer neuen Plakette erteilte sie eine klare Absage: „Niemand muss Sorge haben, dass er sich jetzt eine Plakette besorgen muss.“
Individuelle Lösungen für höhere Luftqualität

Um die Luftqualität zu verbessern, setzt die Bundesregierung auf individuelle Lösungen, angepasst an die Situation vor Ort. In den letzten Jahren ist die Belastung mit Stickoxiden in deutschen Städten zwar bereits deutlich zurückgegangen und die Luft sauberer geworden. Trotzdem überschreiten noch zahlreiche Städte den Stickstoffdioxid-Grenzwert von $40\mu\text{g}/\text{m}^3$ Luft im Jahresmittel.

Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist es vor diesem Hintergrund, für saubere Luft in den Städten zu sorgen und gleichzeitig Fahrverbote soweit wie möglich zu vermeiden. Wo diese Verbote rechtlich unumgänglich sind, sollen Nachteile für Dieselbesitzer möglichst ausgeschlossen werden. Dies gilt sowohl für finanzielle Belastungen als auch für Nutzungseinschränkungen. Auch die Automobilindustrie ist hier in der Pflicht.

Eine Milliarde Euro für Saubere Luft

Im November letzten Jahres hat die Bundesregierung das Sofortprogramm „Saubere Luft 2017 - 2020“ auf den Weg gebracht. Mit insgesamt einer Milliarde Euro werden Maßnahmen der Kommunen gefördert. Besonders in den Bereichen Elektrifizierung und Digitalisierung des Verkehrs sowie Nachrüstung von Dieselnussen und Förderung des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs ist der Bund mit dem Programm bereits auf einem guten Weg. Auch die Automobilhersteller leisten durch die Software-Updates von bis zu 6,3 Millionen Diesel-Fahrzeugen einen Beitrag.

In den Städten, in denen die Grenzwerte weiterhin überschritten werden, setzt die Bundesregierung weitere Fördermaßnahmen um, so zum Beispiel zur Hardware-Nachrüstung bei schweren Kommunalfahrzeugen wie Müllwagen sowie bei Handwerker- und Lieferfahrzeugen. Auf diese Weise können etwa 28.000 Fahrzeuge umgerüstet werden.
Regelung im Bundesemissionschutzrecht für belastete Städte

Diese Maßnahmen sind nach Einschätzung des Bundes zusammen mit den Anstrengungen von Ländern und Kommunen ausreichend, dass alle Städte, in denen ein Stickoxidwert von nicht mehr als $50\mu\text{g}/\text{m}^3$ Luft gemessen wurde, die Grenzwerte

zukünftig einhalten und Fahrverbote damit vermeiden können.

Die Bundesregierung wird für die Städte, die den Grenzwert dennoch nicht einhalten können, Regelungen schaffen, um für betroffene Kfz-Besitzer Klarheit zu schaffen. Derzeit sind 14 Städte besonders belastet, weil der Grenzwert nicht eingehalten wird. Die zukünftige Regelung wird sicherstellen, dass Fahrzeuge der Schadstoffklassen Euro 4 und Euro 5, sofern sie weniger als $270\text{ mg}/\text{m}^3$ Stickoxid ausstoßen, von Fahrverboten verschont bleiben.
Umtauschprämien und Nachrüstung

Für Bewohner der besonders betroffenen Städte und der angrenzenden Landkreise sowie Pendler gibt es zudem die Möglichkeit, ihr Fahrzeug mit attraktiven Prämien umzutauschen oder ihren Pkw nachzurüsten. Um unnötige Belastungen für die betroffenen Autohalter beim Tausch zu vermeiden, soll auch der Tausch gegen ein Gebrauchtfahrzeug, das nicht von den Verkehrsbeschränkungen betroffen ist, ermöglicht werden.

Dienstag, 2. Oktober 2018

Quelle: Bundesregierung

Dazu merken wir als dbb Hessen an:

- Wir teilen nicht die Euphorie der Politik
- Euro 4 – Diesel bspw. werden wohl für einen Spottpreis vermarktet werden müssen.
- Die Industrie lehnt sowohl eine Soft- wie auch eine Hardware-Nachrüstung ab.
- Nach unserem Kenntnisstand würde eine Software-Nachrüstung praktisch nichts bringen.
- Nach unserem Kenntnisstand wäre eine Hardware-Nachrüstung höchst fragwürdig, würde an der Schadstoffklasseneinstufung wohl nichts ändern, was die Halter zum Erwerb von Einzelgenehmigungen zwingen würde.
- Eine Hardware-Nachrüstung ist auch wg. des Mehrverbrauchs und der ungeklärten Haltbarkeit keine sinnvolle Lösung.
- Eine Hardware-Nachrüstung würde bei einem späteren Verkauf trotzdem zu einem erheblichen Wertverlust führen.
- Eine Hardware-Nachrüstung würde mit allen daran geknüpften Entwicklungs- und Genehmigungsverfahren mindestens ein- einhalb Jahre dauern.

- Es ist völlig ungeklärt, was es für den einzelnen Fahrzeugbesitzer bedeuten wird, wenn Eintauschprämien von „...bis zu...“ seitens der Hersteller in Aussicht gestellt werden. Damit ist der einzelne Fahrzeugbesitzer wiederum den Händlern ausgeliefert und er muss, wenn er dieses Angebot in Anspruch nehmen möchte, erneut bei dem Hersteller einkaufen, der ihn zuvor getäuscht hat.
- Die bisher schon bei einem Neukauf eines Fahrzeugs von manchen Händlern bei manchen Modellen gewährten Rabatte bewegen sich z. T. in der Größenordnung der nun in Aussicht gestellten Umtauschprämien.
- Umtauschprämien sind im Übrigen nichts anderes als ein Konjunkturprogramm für die Hersteller, die bislang die Verbraucher so getäuscht haben.
- Völlig unbeachtet ist in diesem Zusammenhang die gesamte Umweltpolitik in der EU und weltweit.
- Völlig unbeachtet ist der Gesamtschadstoffausstoß bspw. durch die Industrie, durch die Schifffahrt, den Schwerlastverkehr und den Flugverkehr.
- Wie soll bspw. der Umwelt geholfen werden, wenn die nun in Deutschland mit einem erheblichen Preisnachlass verkauften Euro-5-Diesels in anderen Ländern der EU noch jahrelang betrieben werden?

Neben diesen Aspekten sind viele weitere ungeklärt. Jedenfalls bedeutet die Vereinbarung der Bundesregierung keinesfalls eine verbindliche, konkrete Hilfe für die betroffenen Fahrzeugbesitzer.

Die einzige Maßnahme, die dazu führen würde, dass die Fahrzeugbesitzer tatsächlich nicht die Zeche für die Hersteller und die Versäumnisse der Politik zahlen müssen, ist eine verpflichtende Rücknahme der Fahrzeuge durch die Hersteller und die Erstattung des ehemaligen Kaufpreises abzüglich der üblichen Entschädigung für die gefahrenen Kilometer!

Nur dann wären auch tausende Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes, die täglich mit ihrem Privatfahrzeug zu ihrem Arbeitsplatz fahren müssen, davor bewahrt, mit ihrem Privatvermögen die Täuschungen der Autoindustrie und Versäumnisse der Politik auszugleichen.

.....

Frankfurt a. M., 4. Oktober 2018

Impressum

Herausgeber:



dbb
beamtenbund
und tarifunion
Landesbund Hessen

Verantwortlich (V.i.S.d.P.):

Landesvorsitzender Heini Schmitt

Landesgeschäftsstelle:

Eschersheimer Landstraße 162

60322 Frankfurt am Main

E-Mail: mail@dbbhessen.de

Telefon: 069 281780; **Fax:** 069 282946

Internet: www.dbbhessen.de

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet